

Potsdamer Anti-Wehrpflicht-Aktivist: „Verteidigung funktioniert nicht mit Zwang“



Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will 18-Jährige für den Wehrdienst erfassen lassen. Das Potsdamer Politik-Urgestein Lutz Boede (59) hat früher gegen die Wehrpflicht gekämpft – so sieht er die Bundeswehr heute.



Ulrich Wangemann 13.06.2024, 17:06 Uhr

Potsdam. Der Potsdamer Lutz Boede ist heute einer der profiliertesten und kritischsten Kommunalpolitiker in der Brandenburger Landeshauptstadt. Der heute 59 Jahre alte Mitgründer der Wählergruppe „Die Andere“ war in den 1990er-Jahren bei den Grünen und profilierte sich in den 1990er- und 2000er-Jahren als Kopf der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiensst und Militär“. In der MAZ erklärt der Antimilitarist der ersten Stunde, was er vom [Vorstoß des Bundesverteidigungsministers Boris Pistorius](#) für einen neuen Wehrdienst hält.

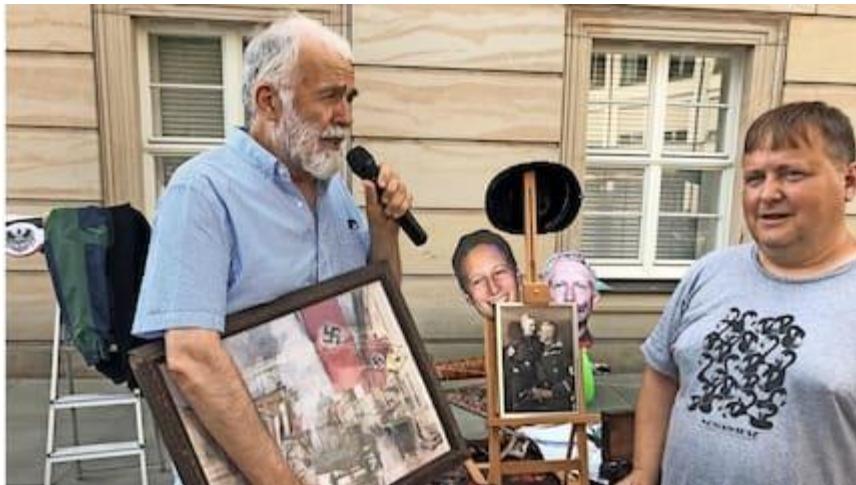
Was halten Sie von den Pistorius-Plänen?

Lutz Boede: Die Details kenne ich nur aus der Zeitung. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, [will Pistorius wieder das normale Wehrerfassungssystem haben mit Kreiswehrersatzämtern](#), Erfassung und Musterung. Die Option einer Einberufung soll geschaffen werden. Das wäre ein erheblicher Grundrechtseingriff. Natürlich ist es heute anders als zur Zeit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, als Deutschland von Freunden und Verbündeten umgeben war. Es ist meines Erachtens eher ein symbolischer Akt, um die Gesellschaft einzuschwören – dass man wieder mehr Geld in die Rüstung steckt – und ein Akt, um die Identifikation mit der Bundeswehr zu erhöhen.

Als Sie mit der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiensst und Militär“ aktiv waren, zog die UdSSR ihre Truppen aus Deutschland ab und alle dachten, Krieg werde es so schnell

nicht mehr geben mitten in Europa. Mittlerweile versucht Wladimir Putin, genau diese Rückzugsbewegung von damals wieder rückgängig zu machen.

Ja, die Situation ist nicht vergleichbar.



Lutz Boede (r.) bei einer satirischen Sammelaktion im Jahr 2019 für die Hohenzollern vorm Potsdamer Landtags-Schloss.

Quelle: Ulrich Wangemann

Haben Sie angesichts der Situation Verständnis für den Vorstoß von Pistorius, etwas zu tun, wenn nicht genügend Soldaten da sind?

Die Frage ist, ob man vorher alles andere versucht hat. Das bezweifle ich – und stelle auch infrage, ob eine massenweise Einbeziehung überhaupt etwas bringt. Mehr Manpower wird die Probleme der Bundeswehr nicht lösen. 2011 ist die Wehrpflicht abgeschafft worden, weil man ganz andere Anforderungen ans Personal hatte. In modernen Armeen kommt es auf die Beherrschung moderner Waffensysteme an. Um Aggressoren wie Russland zu stoppen, bräuchte man eine technische Überlegenheit – dazu braucht man nicht viele Laien, sondern hoch spezialisierte Leute, die diese Waffen bedienen können.

Umfrage: Sollte der Dienst in der Bundeswehr freiwillig bleiben oder wieder verpflichtend werden?

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat eine Diskussion darüber ausgelöst, ob wieder eine Form der Wehrpflicht eingeführt werden sollte.

Das hört sich trotzdem nicht so an, als würden Sie die Kampagne gegen die Wehrpflicht jetzt wiederbeleben, um in den gleichen Kampf wie damals zu ziehen.

Doch. Wenn Leute ein Problem damit bekommen, gegen ihren Willen eingezogen zu werden – ob es aus Gewissensgründen ist, oder weil sie einfach Angst vor einem Einsatz haben – würden wir die perspektivisch sicherlich wieder beraten. Ich sehe mich in dieser Tradition. Es gibt auch noch eine ganze Reihe von Mitstreitern von damals.

Ausnahme für Frauen bei Wehrpflicht? Ein wenig überzeugendes Argument

Leuchtet Ihnen ein, dass die geplante Erfassungspflicht zunächst nur für Männer gelten soll?

Es war schon damals verfassungsmäßig sehr umstritten, dass die allgemeine Wehrpflicht nur für Männer galt. Es war flapsig so begründet worden, dass Frauen in der Geschichte immer benachteiligt worden seien und man es jetzt mal umgekehrt machen könnte. Das war als Argument immer sehr schwach und wenig überzeugend.

Würden Sie mitgehen bei einem Wehrdienst, der eine Möglichkeit unter mehreren wäre, um eine allgemeine Dienstplicht zu leisten – sei es bei Feuerwehr, Katastrophenschutz oder anderen Organisationen?

Diese Regelung gab es schon im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht, das galt für die genannten Gruppen, auch für die Polizei und so weiter. Man musste sich zu einer Mindest-Dienstzeit verpflichten, dann wurde man von der allgemeinen Wehrpflicht ausgenommen. Solch eine Konstruktion könnte man auch jetzt wählen – dann wäre die Wehrpflicht eine Form der Erfüllung. Ich finde es aber weiter fragwürdig. Es gibt im Grundgesetz ein Zwangsarbeitsverbot. Ich finde, die Bundesrepublik muss andere Formen finden. Schon im Rahmen der Französischen Revolution gab es die Auffassung, dass eine Demokratie, die im Fall ihrer Bedrohung nicht auf die Freiwilligkeit der Menschen setzen kann, es nicht wert ist, verteidigt zu werden.



Lutz Boede (r.) im Jahr 1998 mit seiner Potsdamer Fraktion im Stadtparlament.

Quelle: MAZ/Chrisatel Köster

Wieso sollte sich jemand freiwillig zum Dienst an der Waffe melden?

Es funktioniert in anderen Ländern auch. Wenn sich nicht genug Menschen finden, fragt man sich nach der Legitimität, die ein Staat hat, Menschen zu zwingen, persönlich ihr Leben zu riskieren. Wir haben alle nur eins davon.

Wenn man jetzt Ukrainer auf der Straße trifft, würden die das auch sagen.

Ja, aber auch da bin ich der Meinung: Wenn sich Leute aus der Ukraine dem Krieg entziehen möchten und mit ihrer Familie in ein Land gehen, in dem kein Krieg ist, wo sie sich etwas aufbauen können, finde ich das völlig legitim. Es ist eine generelle Frage. Ich bin nicht der

Auffassung, dass der Staat das Recht hat, über Menschen frei zu verfügen. Wir sind nicht Eigentum der Staaten, in denen wir leben, in denen wir groß geworden sind oder deren Staatsangehörigkeit wir haben.

Lesen Sie auch

- [Aus Sorge vor Trumps Rückkehr: Nato-Staaten einigen sich auf neuen Ukraine-Plan](#)
- [Wehrpflicht ohne Pflicht: Wie Pistorius die neue Bundeswehr-Musterung plant](#)
- [Rückkehr der Wehrpflicht? Pistorius präsentiert Bundeswehrpläne](#)

Das ist ein radikaler Begriff von individuellen Freiheitsrechten. Ist der radikale Pazifismus im Angesicht einer solchen Aggression wie der Russlands gegen die Ukraine nicht Selbstbetrug?

Darüber kann man diskutieren. Aber ich bin kein Pazifist, sondern Antimilitarist. Menschen sind nicht einfach Verfügungsmasse des Staates. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass es eine militärische Verteidigung gibt. Aber das funktioniert nicht mit Zwang gegen Leute, die das nicht möchten, in denen sich alles dagegen sträubt. Die Wehrpflicht ist unvereinbar mit meinem Bild der demokratischen Gesellschaft.

Boede und seine Mitstreiter setzten sich für Wehrdienstverweigerer aus dem Krieg in der Ukraine ein

Hat sich die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienst und Militär“ nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 eigentlich aufgelöst beziehungsweise umbenannt?

Nein, die Wehrpflicht war ja nur ausgesetzt. Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer mal wieder für Kriegsdienstverweigerer aus anderen Ländern eingesetzt, sei es aus der Türkei, Ex-Jugoslawien oder Angola. Wir haben versucht, Kirchenasyl zu organisieren und dergleichen. Nach dem Angriff auf die Ukraine haben wir nach Möglichkeiten gesucht, Menschen von dort zu unterstützen. In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat „Die Andere“ einen Antrag eingebracht, dass die Stadt Menschen aufnehmen soll, die aus den Armeen der beteiligten Länder desertieren. Das ist eine Sache, die nie diskutiert wird in der Gesellschaft: Es gibt ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung – das ist anerkannt vom Europäischen Gerichtshof. Trotzdem ist Deutschland nicht bereit, Menschen zu unterstützen, die sich diesem Krieg entziehen wollen – nicht einmal die russischen Soldaten. Das finde ich sehr befremdlich. Eine klare Perspektive für diese Menschen könnte dazu beitragen, den Krieg zu verkürzen. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich aber für unzuständig erklärt.



Lutz Boede eröffnete vor rund 20 Jahren eine Kneipe in der Großbeerenstraße. Quelle: Christel Köster

Die Wählergruppe „Die Andere“ ist im Kern aus der Anti-Wehrpflicht-Kampagne hervorgegangen?

Ja, so begann es mal. Als Wählergruppe in der Stadtpolitik war unser Themenspektrum viel weiter gefasst. Wir haben uns um Datenschutz und Bebauungspläne gekümmert. Da passte der Name nicht mehr so ganz. Die Kampagne war ja ursprünglich in Berlin gegründet worden am Tag der Vereinigung 1990, weil damals der entmilitarisierte Status Berlins weggefallen ist. In Potsdam bin ich 1992 in die Kampagne eingestiegen. 2011 nahm dann der Bedarf an Beratung sehr ab. Es gab noch ein paar Berufssoldaten, die sich verpflichtet hatten und wieder rauswollten aus dem Arbeitsverhältnis.

Verhalten von AfD und BSW beim Selenskyj-Besuch: „Ich schätze solch ein Theater nicht“

Was macht es mit Ihnen, wenn Sie den ukrainischen Präsidenten Selenskyj im Bundestag reden hören und AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) den Sitzungssaal verlassen?

Ich schätze solch ein Theater nicht. Der Präsident vertritt die legitimen Interessen eines angegriffenen Landes. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die in Abrede stellen, dass die Ukraine ein Recht hat, sich zu verteidigen und um Unterstützung zu werben. Im Zusammenhang mit dem [Krieg in der Ukraine](#) macht mir etwas anderes Sorgen: Ich habe Verständnis, dass Leute dort Waffen hinschicken wollen. Aber ich finde es schade, dass niemand sich Gedanken macht, was das mit unserer Gesellschaft macht.

Was macht das mit unserer Gesellschaft?

Es schafft einen Präzedenzfall. Man muss sich die Frage stellen, warum man in dem einen Fall Waffen in ein Kriegsgebiet schickt, im anderen aber nicht. Warum schickt man keine Waffen in die kurdischen selbstverwalteten Gebiete in Syrien? Dort gibt es ähnliche Übergriffe auf die Zivilbevölkerung seitens der Türkei. Niemand redet davon, dort eine Flugabwehr zu installieren.

Hat Sie das Pistorius-Wort von der Kriegstüchtigkeit gestört?

Ja. Mir war insgesamt zu viel Gejubel dabei. Ich habe ein dummes Gefühl dabei, wenn irgendwelche Grünen-Politiker Sprüche posten wie „Go Leo, go! – wenn Leopard-Panzer an die Ukraine geliefert werden. Ich finde das unpassend. Der Krieg betrifft ganz viele Leute, die gegen ihren Willen einberufen werden. Auf russischer und ukrainischer Seite. Dort gibt es praktisch kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Ich war mit einem Wehrmachtsdeserteur gut befreundet. Von dem habe ich eins gelernt: Wenn man in einem Dilemma steckt, was Anspruch und Realität betrifft, dann muss man sich immer an den Menschenrechten orientieren. Das sind die Mindeststandards, die gewahrt werden müssen. Dazu gehört das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Haben Sie selbst Wehrdienst leisten? Oder auf Preußisch: Haben Sie gedient?

Nein, ich war in der DDR in den 1980er-Jahren für ein paar Monate politisch inhaftiert und wurde danach auch nicht mehr gefragt. Ich kam nicht in die Verlegenheit, weil ich nicht einberufen wurde. Irgendwann kam dann die Wende. Ulrich Wangemann MAZ